

# Werden wir die EU jemals lieben?

Den Schweizern sind ihre direktdemokratischen Rechte heilig. Vielleicht müssen sie für ihre Freiheit künftig wieder einen Preis entrichten

Paul Widmer 30.12.2023, 21.45 Uhr



Gaetan Bally / Keystone

Für einmal ist die Antwort klar: Nein, die Schweizer werden die EU nie lieben. Sie befürworten zwar die europäische Einigung, aber sich voll in ihre Arme zu werfen, das liegt nicht drin. Denn sie hätten dafür einen zu hohen Preis zu bezahlen. Sie müssten das aufgeben, was die Schweiz erst zur Schweiz macht, vor allem die direkte Demokratie, aber auch den ausgeprägten Föderalismus und die Neutralität.

Die Schweiz ist von ihrem Staatswesen her mit den Zielsetzungen der EU schlicht nicht vereinbar. Sie ist von unten her aufgebaut, die EU von oben her konstruiert. Die europäische Integration strebt auf Kosten der Nationalstaaten eine immer engere Union an. Einen Riesenschritt dazu bedeutete der Vertrag von Maastricht (1992) mit den Bestimmungen zur Einführung des Euro und einer gemeinsamen Unionsbürgerschaft. Dem damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors schwebte vor, innerhalb eines Jahrzehnts 80 Prozent der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialgesetzgebung von den Einzelstaaten nach Brüssel zu transferieren. Ganz so schlimm kam es dann nicht. Aber es setzten zwei folgenschwere Entwicklungen ein: eine deutliche Abkehr von einer liberalen Marktpolitik hin zu einem überregulierten Binnenmarkt und ein korrosiver Verlust an Demokratie in den Einzelstaaten.

## Eine einsame Alternative

Demokratische Rechte abzubauen, ist in jedem Staat problematisch, in der Schweiz jedoch besonders. Denn die Existenzberechtigung der Eidgenossenschaft hängt davon ab, ob die Bürger mehr politische Rechte geniessen als in den Staaten ringsum. Bisher war das der Fall. Die Schweizer können sogar in der Aussenpolitik aktiv mitreden. Das gibt es in keinem andern Staat. Deshalb ist die Schweiz mit ihrem Regierungsmodell eine einsame Alternative zu den parlamentarischen und präsidentialen Demokratien in Europa. Die Konsequenzen davon zeigen sich schon in der Werteskala. An erster Stelle steht in der Schweiz die politische Freiheit der Bürger. Die Bedeutung der staatlichen Macht dagegen rutscht weit nach hinten.

Ursula von der Leyen mag sich Sorgen machen wegen der EU als Machtfaktor auf der Weltbühne. Die meisten Schweizer lässt das eher kalt. Ihnen liegt nicht Europas Macht, sondern ihre eigene Freiheit am nächsten. So wollen die Gewerkschaften die Lohnverhandlungen selber führen, ohne Einmischung des Europäischen Gerichtshofs. Oder die mittelständischen Unternehmen sind nicht bereit, die teuer erkämpften Standortvorteile einer dynamischen Rechtsübernahme zu opfern. Wenn schon, dann muss die EU mit Ausnahmen und Schutzventilen auf die demokratischen Besonderheiten der Schweiz Rücksicht nehmen – und nicht den gescheiterten Rahmenvertrag bis hin zur Guillotineklausele neu auflegen.

Selbst in Wissenschaft und Forschung spielt die Freiheit mehr hinein, als den EU-Bürokraten recht sein kann. Letztlich gibt es nur eines, was zählt: Exzellenz. Wer besser ist, setzt sich durch. Jüngstes Beispiel: Da mag die EU die Schweiz in einem Foul-Play aus dem Forschungsprogramm «Horizon» ausschliessen. Ein deutscher Milliardär fördert jedoch den Aufbau grenzüberschreitender Kooperation im Bereich der künstlichen Intelligenz nicht entsprechend EU-Richtlinien, sondern dort, wo er die grössten Erfolgchancen erkennt: zwischen der ETH Zürich und dem Forschungsplatz Heilbronn.

Dass die Schweiz ihren Bürgern mehr Freiheiten gewährt als andere Länder, war immer schon so. Voltaire fragte spöttisch, was denn die armseligen Kantone in den Bergen zu bieten hätten. Seine Antwort: mehr Freiheit. Schiller sah es gleich. In seinem grossartigen Schauspiel über die Demokratie erklärt Tell seinem Sohn Walter, weshalb die Schweizer lieber unergiebig Böden in den Bergen beackerten als die fruchtbaren Ebenen in den Fürstentümern. Er meinte, sie genössen in ihrer Heimat wohl weniger Wohlstand, hätten jedoch mehr Freiheit. Dieser politische Vorteil wiege die materiellen Nachteile mehr als auf.

## Wir müssen kühlen Kopf bewahren

Das ist ein Gedanke, mit dem wir uns vermehrt befassen sollten. Vielleicht müssen wir in Zukunft für unsere Freiheit wieder einen Preis entrichten. Sind wir dazu bereit? Sicher ist, dass sich ausser einigen Traumtäänzern in der Operation libero nur wenige Schweizer für die EU begeistern. Aber zahlreich sind jene, die eine Annäherung oder gar einen Beitritt infolge von Sachzwängen für unausweichlich halten.

Ist die Lage somit aussichtslos? Keineswegs. Viel hängt von unserem Willen ab, die eigenen Freiheiten zu verteidigen. Bisher haben wir die unwürdigen Nadelstiche recht gut pariert: den Bluff mit der Nichtanerkennung der Schweizer Börse und den geplanten Angriff auf die Schweizer Medtech-Branche. Daher gilt es, weiterhin kühlen Kopf zu bewahren und die richtigen Folgerungen aus unserem Verhalten zu ziehen. Sähen wir uns eines Tages gezwungen, der EU beizutreten, dann nicht wegen ihrer Attraktivität, sondern wegen unseres eigenen Versagens.

---

Paul Widmer war langjähriger Diplomat und Vertreter der Schweiz im Europarat. Kürzlich erschien sein Buch: «Die Schweiz ist anders – oder sie ist keine Schweiz mehr».

---

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.